

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 58 (1978)  
**Heft:** 6  
  
**Rubrik:** Blickpunkt

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## VOM MUT ZUR EINSTIMMIGKEIT

### *Zum Bericht über eine Gesamtverkehrskonzeption*

Während über sechs Jahren hat eine 62-köpfige Kommission versucht, «einen 150jährigen Urwald – unser heutiges, hergebrachtes Verkehrswesen – zu durchforsten und ihn in einen überblickbaren französischen Garten zu verwandeln». Mit diesen Worten präsentierte ihr Vorsitzender, Nationalrat Alois Hürlimann, einen Bericht und 40 Thesen, die «natürlich nicht ohne Brennen und Schneiden» zustande gekommen seien. Um so erstaunlicher ist die Feststellung, wonach die Neukonzeption einstimmig und ohne Enthaltungen verabschiedet worden ist; denn in der Kommission waren praktisch alle jene Organisationen und Körperschaften vertreten, die von der Materie direkt betroffen sind und sich normalerweise auch immer wieder unter wechselnden Frontenbildungen in die Haare geraten.

Bei der Niederschrift dieser Zeilen sind lediglich «Stellungnahmen der ersten Stunde» bekannt, und bis die GVK-CH auch nur die erste Runde seriöser öffentlicher Bearbeitung und Diskussion, die Vernehmlassungsphase, hinter sich haben wird, dürfte noch sehr viel Druckerschwärze an das Thema verwendet werden. Doch eines ist schon jetzt klar: Hier wurde unter energischer Führung eine gewaltige Fleissleistung – und wohl mehr als das – erbracht, eine intellektuelle Anstrengung, die fällig war und die in der innenpolitischen Landschaft auch ihre Spuren

hinterlassen wird. Doch ebenso klar erscheint, dass trotz der Repräsentativität der Kommission das grosse «Fuder» noch bei weitem nicht unter Dach ist, dass noch grosse Auseinandersetzungen bevorstehen und dass die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen ist, es werde letzten Endes doch wieder eine schweizerische «Mehrzweckwiese» und nicht ein wohlproportionierter, geometrisch vollkommener «französischer Garten» vor unser aller Augen liegen.

Warum also trotz allem eine einstimmige Kommission? Die Antwort liegt wohl in der Richtung einer Formulierung, mit der Bundesrat Ritschard seine eigene Position markiert hat: «Wer mich fragt, ob ich zur vorgeschlagenen Konzeption Ja sagen kann, dem stelle ich die Frage, ob er Nein sagen kann. Man darf die Neuordnung des Verkehrs an sich nicht in Frage stellen.» Das war offensichtlich auch die Leitlinie der Kommission, auch wenn praktisch jedes einzelne Mitglied dabei das Risiko einging, in den eigenen Kreisen harten Konfrontationen ausgesetzt zu sein. Damit stellt sich aber zugleich auch die Frage, wieviel diese Einstimmigkeit denn politisch wert sei.

Der Beantwortung dieser Frage kommt insofern grundsätzliche Bedeutung zu, als sich in unserem Lande die Kommissionen mehren, die wichtige Teilbereiche öffentlicher Tätigkeit ana-

lysieren und «durchforsten» müssen, um sinnvolle Neukonzeptionen vorbereiten zu helfen. Und wenn immer sie repräsentativ zusammengesetzt sind, dann laufen sie angesichts der komplexen Interessenlagen nach herkömmlichen Spielregeln Gefahr, entweder zu keinen profilierten Ergebnissen zu kommen oder aber sich gewissermassen selbst offside zu stellen. Beides ist einer zukunftsgerichteten Politik wenig dienlich.

Wenn die GVK-Kommission trotzdem den Mut zur Einstimmigkeit hatte, so offensichtlich deshalb, weil sie darauf hofft, dass ihr Ja richtig interpretiert werde: in dem Sinne nämlich, dass sie zwar keine verbindlichen Entscheidungen vorweggenommen, wohl aber die sachlichen Grundlagen dazu in grösstmöglichem Ausmasse bereitgestellt habe. Die Einstimmigkeit der

Kommission wäre demnach als entschiedene Willenskundgebung zu verstehen, die verkehrspolitische Diskussion in grössere Zusammenhänge zu stellen, zu versachlichen und damit rascher der politischen Entscheidungsreife entgegenzuführen.

Es wird sich zeigen, ob der Mut der Kommission belohnt werden wird. Letzten Endes ist es eine Frage des politischen Stils: Sind wir in der Lage, unsere politische Alltagsroutine wenigstens so weit zu durchbrechen, dass wir allem Zwang zu Pragmatismus und Vielparteienkonkordanz zum Trotz das Ganze noch so weit in den Blick und damit zu einem guten Stück in den Griff bekommen, um langfristige politische Lösungen struktureller Art überhaupt möglich zu machen?

*Richard Reich*

## ITALIENS DILEMMA

Die zwei Monate der Geiselnhaftigkeit Aldo Moros und ihr mörderisches Ende haben in Italien Spuren hinterlassen, die nicht leicht zu tilgen sein werden. Der Staat hat dem Ansturm des Terrorismus standgehalten und sich als *nicht erpressbar* erwiesen. Saragats in der ersten Erschütterung gesprochenen Worte, neben der Leiche Moros liege auch die Leiche der Republik, vermögen einer nüchterneren Beurteilung nicht standzuhalten. Wenn in dem Geschehen der acht Wochen zwischen März und Mai überhaupt jemand triumphiert hat, so sind es bestimmt nicht die Verbrecher, die sich

hinter dem Namen «Rote Brigaden» verstecken. Der Staat und seine Repräsentanten sind trotz manchen Anfechtungen vor deren brutalen Drohungen nicht zurückgewichen.

Ist damit automatisch der italienische Staat verstärkt aus dieser schweren Prüfung hervorgegangen? Die Frage lässt sich heute noch kaum schlüssig beantworten. Italien ist seit je das Land gewesen, in dessen Bevölkerung das Staatsbewusstsein nur schwach verankert war. Zu lange hat das Volk unter der *Fremdherrschaft* den Staat nur als Vollzugsorgan egoistischer Potentaten erlebt, denen das Schicksal ihrer Un-

tertanen gleichgültig war; so hat die im vergangenen Jahrhundert geeinte Nation das Trauma der naturgegebenen Feindschaft zwischen Volk und Obrigkeit nicht überwinden und bewältigen können. Zu stark auch waren in Italien von jeher die vor- und überstaatlichen Strukturen, *Familie* und *Kirche*, auf die man sich stützen und bei denen man Trost finden konnte vor den verhassten Bütteln der Landesfremden, welche die weltliche Macht in Händen hielten. Die Sippe gab sich ihre eigenen Gesetze, und diese waren oft zwingender und mächtiger als alle Erlasse und Verfügungen der weltlichen Herren.

Auf diesem Untergrund musste ein *Verbrechertum*, in welchem sich die Grenzen zwischen Politik und Kriminalität bis zur Unkenntlichkeit verwischen, besonders gut gedeihen. Die Welle der Gewalt, die seit zehn Jahren durch die Welt geht, hat deshalb Italien besonders stark aufgewühlt und die politische Ordnung des Landes erschüttert. Dreissig Jahre Demokratie haben nicht genügt, um in Italien feste Formen und Institutionen zu schaffen, welche schweren Krisen standzuhalten vermöchten. Zu dem alten Graben sozialer und mentalitätsmässiger Spannungen und Gegensätze zwischen *Nord* und *Süd* trat die *partecipolitische Spaltung*. Sie hat sich vertieft und verschärft, je mehr die seit 1948 ununterbrochen die Macht in Händen haltende *Democrazia cristiana* sich im Amt verbrauchte und die alten Laster der Günstlingswirtschaft, der Korruption und der eigensüchtigen Einzelgängerei die Fundamente ihrer Herrschaft untergruben.

In dieser Situation der Ausweglosigkeit bot sich die kommunistische Partei mit ihrem «historischen Kompromiss»

als Alternative an, und die steigende Zahl ihrer Anhängerschaft bei den letzten Wahlgängen hat gezeigt, dass von links her eine Botschaft verkündet wird, welche *Widerhall* bis weit in die Mitte, ja darüber hinaus, findet. Inmitten dieses Prozesses trifft der Schlag der «Roten Brigaden» gegen Moro nun einen Politiker, der sich seit längerem mit machiavellistischem Kalkül für eine schrittweise Einbeziehung der Kommunisten in die Regierungsverantwortung eingesetzt hat. In der Empörung über das Verbrechen der «Roten Brigaden» verstärkt sich damit die Einheitsfront zwischen demokratischen Parteien und Kommunisten.

Freilich, Italiens Dilemma wird dadurch nicht gelöst. Im Herbst 1922 hatte sich die schwache italienische Demokratie vor dem Chaos in die Arme des *Faschismus* geflüchtet. Dieser gab sich damals tolerant und bereit zum politischen Kompromiss mit anderen Parteien. Die Eskalation zum Totalitarismus kam erst später; an ihrem Ende standen Unfreiheit und nationale Katastrophe. Auch das italienische Volk wird mit der Tatsache konfrontiert, dass das Heil nicht in einer Wahl zwischen den Extremen zur Linken und zur Rechten liegen kann. Um eine glaubwürdige Alternative zu bilden, müssen aber die demokratischen Kräfte aus sich selbst heraus eine Erneuerung vollziehen. Dafür sind jedoch, trotz dem jüngsten Erfolg der *Democrazia cristiana* bei den Gemeinde- und Regionalwahlen, bisher nur geringe Ansätze vorhanden; niemand weiss, ob das Schicksal Moros der italienischen Demokratie neue Impulse zu geben vermag.

*Alfred Cattani*

## EINE SCHLECHTE TAKTIK

Der Bundesrat hat kürzlich beschlossen, die Vorlage über die Verbesserung der Einkommensverhältnisse vor allem bei den Bergbauern (Flächenbeiträge) mit einem Junktim an die Finanzvorlage (Mehrwertsteuer – Wehrsteuer) zu binden. Das bedeutet, dass der Bundesrat die landwirtschaftliche Vorlage nur dann weiterbehandeln will, wenn der Souverän in der auf den Dezember angesetzten Abstimmung über die Finanzvorlage zustimmt. Man merkt die Absicht, und ist verstimmt ... Im Klartext heisst dies nämlich, dass die von den Flächenbeiträgen – also von Subventionen – Begünstigten nur dann auf diesen Segen hoffen dürfen, wenn sie sich zur Finanzvorlage bekennen. Der Bürger reagiert in der Regel auf solche Manöver eher sauer, weil er sich, und dies mit einigem Recht, in seiner Meinungsbildung *manipuliert* fühlen muss, weil diese Taktik stark im Geruch der Erpressung steht.

Es gibt ein Prinzip bei Sachvorlagen, dasjenige der Einheit der Materie, welches eine Präsentation von Sachgeschäften bei Abstimmungen dergestalt verlangt, dass sich der Bürger eben zu den *einzelnen* Vorlagen äussern kann. Die Zusammenschnürung von verschiedenen Sachgeschäften zu *einem* Abstimmungspaket ist verpönt; sie verhindert eine echte Meinungsbildung. Die neue Finanzvorlage, die eine Ersetzung der Warenumsatzsteuer durch die Mehrwertsteuer *und* Änderungen bei der direkten Bundessteuer in eine Vorlage zusammenbindet, muss durch diese Optik betrachtet bereits als eher fragwürdig bezeichnet werden. In hohem Masse fragwürdig mutet indessen eine Politik an, die Vorlagen, welche sich noch im Stadium der Beratung befinden, an die Zustimmung oder Ablehnung des Souveräns zu völlig andern Vorlagen anhängt.

Gewiss, der Bundesrat kann Gründe für dieses Vorgehen ins Feld führen. Die Bundeskasse ist, wie jedermann weiss, leer. Sparen ist Trumpf. Der Bundesrat will nur dann neue Aufgaben übernehmen, wenn ihm vom Souverän vorerst zusätzliche Einnahmen bewilligt worden sind. Diese Begründung wirkt gestellt und vor allem nicht zwingend. Darf unter solchen Bedingungen noch von einer freien Meinungsäusserung gesprochen werden? Und nochmals: der Bürger goutiert solche Spiele nicht. Der Finanzvorlage ist damit jedenfalls kein Dienst erwiesen worden.

Willy Linder